

Dietmar Hage, Leiter der Rechnungsprüfung der Stadt Ostfildern
Vortrag am 9. Juni 2016, es gilt das gesprochene Wort

Erfahrungen bei der Berücksichtigung sozialer Belange bei Vergaben der Stadt Ostfildern

Seit sechs Jahren ist Ostfildern auf dem Weg Nachhaltigkeit und damit soziale Belange im Beschaffungs- und Vergabewesen der Stadt zu berücksichtigen.

In diesen sechs Jahren hat sich eine als Bürger-initiative begonnene Aktivität zu einer die Stadt umfassenden Aktion entwickelt und jetzt am Ende dieser sechs Jahre ist es eine Geschichte, die zeigt wie die Akteure in einer Stadt, gemein-sam etwas bewegen können, das jedem daran Beteiligten das Gefühl vermittelt für Benachteiligte etwas getan zu haben, aber selber auch dabei gewonnen hat.

Wie war die Ausgangslage 2010

Rechtmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit waren bis dahin die Kriterien, die bei einer Vergabe oder einer Beschaffung bei der Stadtverwaltung anzuwenden waren. Also dass mit dem möglichst geringsten finanziellen Aufwand eine Beschaffung oder Vergabe getätigt wird. So war die Rechtslage.

Die Berücksichtigung sozialer Belange hätte ein großes Risiko dargestellt und hätte unter Umständen Klagen nicht zum Zug gekommener Bieter zur Folge gehabt.

Erinnern Sie sich noch an die Jahrtausendwende. Es wurde spekuliert was anschließend nicht mehr funktioniert bis hin zum Weltuntergang. Bekanntlich ist alles weitergegangen wie bisher. Im Gegensatz zu den Befürchtungen ist durch die Jahrtausendwende auch etwas besser geworden, eben die Möglichkeit der Berücksichtigung sozialer Belange im Beschaffungswesen.

- am 19. November 2000 beschloss die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) die Konvention 182 zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit; von Deutschland im April 2002 ratifiziert.

- 2004 regelt eine Richtlinie der Europäischen Kommission „ bei Ausschreibungen können zusätzliche Bedingungen vorgeschrieben werden, sofern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind und in den Ausschreibungsunterlagen angegeben werden. Dies kann insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen „.

- Im Dezember 2008 beschloss der Bundestag ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit dem Passus „ Für die Auftragsvergabe können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. „

- durch Beschluss vom 26. Juni 2008 hat der Landtag Baden Württemberg das Land aufgefordert, nur noch Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit zu beschaffen.

Eine daraus resultierende Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums vom August 2008 gilt nur für die Landesverwaltung, empfiehlt aber den Kommunen ebenso zu verfahren.

Immer mehr wurden auch Kinderarbeit in Steinbrüchen und Sklavenarbeit in der Textilindustrie Thema und kamen in das Bewusstsein. Dass sich in dieser Situation nun etwas in Ostfildern geändert hat brauchte es eine Initialzündung oder wenn Sie wollen ein Aha-Erlebnis.

Es gab in der Stadt schon immer Dritte Welt Gruppen, die kirchlich organisiert sich mit fairem Handel auseinandersetzen.

Ende 2009 wand sich eine solche Gruppe an den Oberbürgermeister der Stadt mit der Bitte doch dem Beispiel anderer Städte zu folgen und Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Vergabe und Beschaffungswesen der Stadt auszuschließen.

Zur selben Zeit war die Stadt damit beschäftigt ein früheres Kasernengelände der amerikanischen Streitkräfte in einen neuen Stadtteil umzuwandeln. Aufgrund der Anregung der Gruppen hat die Stadt geprüft woher die Steine kamen, die für den Straßenbau verwendet wurden. Zum Entsetzen stellte man fest, dass sie aus indischer Produktion stammten und damit mit großer Wahrscheinlichkeit durch Kinderarbeit entstanden waren.

Dies war die Initialzündung sich mit der Möglichkeit des Ausschlusses von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschäftigen.

Der Gemeinderat fasste im Mai 2010 einstimmig den Beschluss:

„Bei künftigen Ausschreibungen und Beschaffungen der Stadt finden nur Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der ILO hergestellt wurden“.

Mit diesem Beschluss verbunden war die Aufforderung an die Rechnungsprüfung nach zwei Jahren einen Erfahrungsbericht zu erstellen und dem Gemeinderat zur Kenntnis zu geben.

-Zur Umsetzung des Berichts erließ der Oberbürgermeister eine entsprechende Dienstanweisung und es wurden die Stammlieferanten angeschrieben und um Erklärungen gebeten, dass ihre angebotenen Produkte nachweislich nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen.

Der erste Erfahrungsbericht wurde 2012 von der Rechnungsprüfung erstellt. Für diesen wurden nicht nur die Mitarbeiter befragt, sondern Akten und Vergabeunterlagen eingesehen und Rechnungsbelege über Beschaffungen gesichtet.

Der Bericht kam durchweg zu einem positiven Ergebnis. Stammlieferanten kamen der Aufforderung zur Abgabe von Erklärungen ohne Ausnahme nach. Wer meint, dass diese Erklärungen nur deklaratorischen Charakter hätten, täuscht sich, sie sind vielmehr Vertragsbestandteil, der bei einem Verstoß Forderungen nach Schadensersatz nach sich ziehen kann.

Auch bei förmlichen Vergaben konnte festgestellt werden, dass in allen Ausschreibungen entsprechende Formulierungen aufgenommen wurden, dass Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit ausgeschlossen werden.

Mag auch bei Einzelbeschaffungen noch das eine oder andere Mal ein günstiger Preis den Vorzug vor nachweislich nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammenden Produkten erhalten haben, generell kann auch bei Einzelbeschaffungen davon ausgegangen werden, dass der Beschluss des Gemeinderats umgesetzt wird.

Und noch etwas konnte der Bericht feststellen. Nach allen Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist während der letzten zwei Jahre keine eklatante Verteuerung bei Beschaffungen und Vergaben durch den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzeichnen gewesen. Insbesondere im kostenrelevanten Baubereich wurde dies versichert.

Stolz zum damaligen Zeitpunkt waren wir besonders, dass der Umbau der Stadthalle in Ostfildern-Nellingen mit seinen über 10 Millionen Euro Investitionskosten nachweislich das erste große Bauwerk der Stadt war, bei dem keine ausbeuterische Kinderarbeit beteiligt gewesen ist.

Der Nachfolgebericht 2014 hat dann dieses positive Bild bestätigt.

Auch über die Stadtverwaltung hinaus hat der Beschluss des Gemeinderats Wirkung gezeigt. Die einzelnen Aktionsgruppen in der Stadt haben sich auf Anregung der Stadtverwaltung getroffen und haben eine „Faire Woche“ initiiert, an der sich neben dem örtlichen Handel auch die Gastronomie beteiligt.

Aus den eingangs erwähnten einzelnen kirchlichen Gruppen hat sich eine Lenkungsgruppe entwickelt, die mit Unterstützung der Stadt, sie ist in dieser Gruppe aktiv vertreten, die Aktionen des fairen Handels in der Stadt koordiniert und vorantreibt. 2015 waren die Kriterien erfüllt und Ostfildern wurde Fair Trade Stadt.

- Kriterien –

Das hat die Lenkungsgruppe natürlich in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und so ist der Wunsch entstanden diese Gruppe in einen Verein umzuwandeln. Dies wird am 18. Juli 2016 mit der Gründung des Vereins „Eine Welt Ostfildern“ geschehen. Vereinszweck ist vor allem die Bildungsarbeit in der Stadt in Sachen Fairer Handel insbesondere in Kindergärten und Schulen. Mittelfristiges Ziel ist die Eröffnung eines Weltladens. Der Oberbürgermeister hat bereits erklärt, dass die Stadt dem Verein beitreten wird. Es wird auch jährlich zwischen Stadt und Verein Treffen geben, bei denen die Aktivitäten abgestimmt werden.

Allen Beteiligten war bei der Beschlussfassung im Mai 2010 klar, dass die Umsetzung nicht „durch Schalter umlegen“ möglich sein wird, sondern dass dies einen Prozess darstellt, der das Ziel Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Beschaffungs- und Vergabewesen der Stadt auszuschließen als Ziel eines Weges projiziert auf dem Erfahrungen gesammelt und aber auch immer wieder Fehler gemacht werden, dass das Ziel aber im Focus bleibt und unumkehrbar ist. Es ist deshalb unumkehrbar, weil alle Akteure in der Stadt in diesen Prozess einbezogen sind und im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitwirken. So hat sich der Faire Handel zu einer großen Gemeinschaft stiftenden Umstand entwickelt.

Mit zunehmendem Interesse weiterer Städte und Gemeinden an diesem Thema wird es auch immer leichter Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszuschließen, weil Produkte mit Zertifikat verstärkt nachgefragt und damit vermehrt angeboten werden.

Nach der Änderung des Friedhofsgesetzes haben wir durch Überarbeitung unserer Friedhofssatzung ausbeuterische Kinderarbeit auch bei Grabsteinen ausgeschlossen.

Leider mussten wir diesen Beschluss aussetzen, weil die notwendigen Nachweise für Grabsteine aus nichtausbeuterischer Kinderarbeit nicht vorliegen. Wir hoffen, dass die neue Landesregierung hier Klarheit schafft.

Wir haben in Ostfildern die Absicht auch andere soziale Belange außer Kinderarbeit in die Vergaben und Beschaffungen der Stadt einfließen zu lassen. Allerdings müssen wir uns auf rechtlich einwandfreiem Gebiet bewegen. Deshalb sind alle Beschlüsse Gesetze und Verordnungen, die hier Klarheit schaffen willkommen.

Welche Zwischenbilanz lässt sich nach sechs Jahren Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit ziehen?

Die Absicht soziale Belange in der Vergabeentscheidung zu berücksichtigen ist ein Vorhaben, das buchstäblich die Gemeinschaft

einer Stadt in Bewegung setzt. Dies schafft eine große Zustimmung. Es ist ein Ziel mit dem sich alle identifizieren können, deshalb schafft es ja Gemeinschaft. Nach der Beschlussfassung haben sich zahlreiche Bürger an die Gemeinderäte mit Lob gewandt. Eine durchaus seltene Erfahrung für Mandatsträger. Es entsteht eine Bewegung, bei der die unterschiedlichsten Menschen und Einrichtungen ein gemeinsames Ziel formulieren. Und dieses ist auch notwendig wenn Sie es ernst mit dem Ausschluss von ausbeuterischer Kinderarbeit oder der Implementierung von sozialen Belangen in ihre Vergabeentscheidungen meinen.

Sinnvoll ist es Schritt für Schritt vorzugehen. Und es löst bei jedem Einzelnen einen Denkprozess aus, in dem er künftig um das Angebot von 2 Shirts für 9.99 Euro einen Bogen macht. Er merkt dann, dass Geiz nicht geil, sondern eine blöde Werbung auf Kosten anderer ist.